

einem deutschen Militärgericht übertragen. Die nächste zur Verhaftung des Kriegsministers Schufowitsch, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern, Majewski, der Frau des Ministers des Innern Wratkowskaja, des Kommandanten der Stadtmiliz Bogacki und des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Rudnik.

Entwaffnung der Petersburger Anarchisten. Aus Moskau meldet Reuters: Die Entwaffnung der Anarchisten in Petersburg ist ohne Widerstand erfolgt.

Neben eine neue Richtung der russischen Politik liegen an Berliner diplomatischen Stellen bis jetzt noch keine befriedigenden Nachrichten vor. Die Möglichkeit, daß sich in der russischen Hauptstadt bedeutende Ereignisse abspielen werden, wird jedoch nicht in Abrede gestellt. In dieser Beziehung wird auch behauptet, daß Lenin Neigung zu einer gründlichen Veränderung der bisherigen bolschewistischen Politik und zu einem Zusammenwirken mit anderen Parteien an den Tag gelegt habe. Es ist demnach nicht ausgeschlossen, daß es sich weniger um einen gewaltsamen Sturz, als um den Beginn einer neuen Richtung in der Politik der Bolschewiki handelt.

Die russische Gesandtschaft in Berlin. Die Abnahme der kaiserlich russischen Habsitzzeichen von dem Gebäude der russischen Botschaft in Berlin findet gegenwärtig statt. Es wurde die rote Fahne der Republik an dem Bahnhofsplatz der Botschaft hochgezogen.

Uebergabe Sebastopols an die Ukraine. Der „Frankf. Ztg.“ wird gemeldet: Nach einer Verleugung des ukrainischen Pressebüros aus Kiew haben sich die Kommandanten der fünf russischen Kriegsschiffe, die in Sebastopol vor Anker liegen, sowie einige Kreuzer und Unterseeboote bereit erklärt, die Stadt ohne Kampf den ukrainischen Truppen zu überweisen.

Die Bolschewiki-Regierung.

Ihre trübten Aussichten.

In den „Kosler Nachrichten“ vom 24. April schreibt ein Russe P. W.: Die Nachrichten aus Russland sind in letzter Zeit merkwürdig spärlich geworden. Das ist kein gutes Omen für die Bolschewiki-Regierung, denn schließlich können doch nicht hundert Millionen Menschen in einem Befreiungsland verharren. Etwas muß daher im Innern Russlands vorgehen, was die Bolschewiki unangenehm ist. Seit nunmehr sechs Monaten steht Russland da hin. Durch eine Reihe anarchistischer Experimente ist das Land in einen derartigen Zustand der völligen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit hineingetrieben worden, daß auch die geringste produktive Arbeit total unmöglich wurde. Wäre die Industrialisierung Russlands weiter fortgeschritten, so hätte längst der Tod durch Erschöpfung eintreten müssen; da aber kein Wechsel der Bevölkerung auf dem Lande lebt und wenigstens sein täglich Brot hat, so kann die Situation vielleicht noch eine kurze Zeit dauern. Auch Deutschland hat eigentlich kein Interesse mehr an dem weiteren Verbleiben der Bolschewiki am Staatsruder. Was jetzt Deutschland nützt, ist, daß in Russland schnellstens geordnete Verhältnisse eintreten, die ihm ermöglichen, die immer noch sehr reichlichen Rohstoffe- und Lebensmittelquellen Russlands für seine Kriegszwecke auszunutzen. Auch die intelligenteren Arbeiter sehen allmählich ein, daß Russland allein, trotz aller früheren Versicherungen der Bolschewiki, das sozialistische Wirtschaftssystem nicht einführen kann, und daß der Bestand der russischen Industrie für die Arbeiter selbst mit der größten Gefahr und drohender Arbeitslosigkeit verbunden ist. Damit die Arbeiterklasse nicht auf die Strafe geworfen wird, mußte die Bolschewiki-Regierung fast alle Unternehmungen der Maschinen- und Metallbranche übernehmen. Solange die enormen Vorkriegsbedingungen einzuwenden, nun müssen sie selbst die Besatz bezahlen. Da die Forderungen der ungelerten Arbeiter immer mehr steigen und die Volkswirtschaft durch gute Worte die von ihnen ins Leben gerufenen Geister nicht demarkieren können, so bleibt der Bolschewiki-Regierung nichts übrig, als mit dem Maschinengeheiß zu drohen. Der Zusammenbruch des Bolschewismus ist um so mehr unabwendbar, als er keine intelligenten Arbeiterkräfte zur Bewältigung der auf seinen Schultern lastenden enormen Arbeit hat. Die Intelligenz aller politischen Schattierungen (auch die sozialistische) hat sich von den Bolschewiki abgewandt, so daß diese genötigt sind, die Staatsmaschine mit Hilfe oft sehr zweifelhafter Elemente im Gange zu halten. Solche Kommissare, die die bolschewistische Regierung teilweise selbst gerichtlich verfolgte, diskreditieren die ganze bolschewistische Partei in höchstem Maße, ebenso wie übrigens die Bolschewiki selbst in Russland den Sozialismus ungewisshaft in Mißkredit brachten.

Der Kampf um die Wehrpflicht in Irland.

Die Einführung der Dienstpflicht verfochten! Reuters meldet: Es ist eine königliche Verordnung erschienen, durch welche das Inkrafttreten des Dienstpflichtgesetzes für Irland verfochten wird. „Daily News“ melden, daß die Regierung sich entschlossen hat, bezüglich der Einführung der Dienstpflicht in Irland in den nächsten Wochen eine abwartende Haltung einzunehmen, bis sie beurteilen kann, welchen Erfolg die So-

meralebill haben wird. Die Regierung hofft, die Comerebill nächste Woche einbringen zu können.

In einer Entschließung, die die irische parlamentarische Partei auf einer Versammlung in Dublin gefaßt hat, heißt es: Wir verpflichten uns, allen Einfluß und alle Macht der Partei zu gebrauchen, um jeden Versuch der Einführung der Wehrpflicht zu zunichte zu machen.

Die Wahlrechtsfrage im preußischen Landtag.

In dem großen parlamentarischen Kampfe, der im preußischen Abgeordnetenhaus entbrannt ist, handelt es sich um die wichtigste Frage der preussischen Zukunft, und es ist daher begreiflich, daß er nicht nur in ganz Preußen, sondern auch außerhalb der schwarz-weißen Grenzspähle mit der äußersten Spannung verfolgt wird. Wie der Kampf ausgehen wird, weiß zur Stunde noch niemand. Vielsach wird vermutet, daß es zwischen der zweiten und dritten Lesung zu einem Kompromiß kommen werde, aber es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die grundlegenden ersten drei Paragraphen der Vorlage abgelehnt werden, worauf dann die Regierung zur Aufhebung des Hauses schreiten würde.

Die gestrige Sitzung.

Das Abgeordnetenhaus setzte gestern die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage fort.

Abg. Dr. Bohmann (nat.): Das gleiche Wahlrecht würde den Einfluß der Polen im Abgeordnetenhaus stark vermindern und uns vor allem in absehbarer Zeit eine sozialdemokratisch-freisinnige Mehrheit bringen. In starkem Maße würde es eine Rückwirkung auf die anderen Bundesstaaten und die Gemeinden ausüben. Für die Gemeindevorstände würde die Einführung des gleichen Wahlrechts die unabwiesbare Folge sein. In Bezug auf die Polenpolitik wollen wir durch eine Veränderung des Wahlrechts nicht daran rütteln lassen, daß Preußen ein deutscher Nationalstaat ist. Aus diesen Bedenken heraus halten diejenigen meiner Partei, die hinter mir stehen, an dem Widerstand gegen die Regierungsvorlage fest. Ich hoffe, daß die Regierung geneigt sein wird, über meinen Antrag, wonach das Wehrbestimmungsrecht auf nur zwei Wehrstimmen beschränkt werden soll, in Verhandlungen einzutreten.

Minister des Innern Dr. Dreowski: Aus der politischen Lage schöpft die Staatsregierung, die bei ihrem Amtsantritt die allerhöchste Vorsicht vorfand, die Überzeugung ehrlicher Männer, daß das gleiche Wahlrecht unbedingt mit aller Energie und mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, durchgedrückt werden muß. Der Antrag Bohmann ist unannehmbar für die Regierung, weil auch darin das plutokratische Moment zum Ausdruck kommt. In den Ostmarken wird unter allen Umständen auch unter dem gleichen Wahlrecht das Vertrauensverhältnis gefördert werden. Gemeindevahlrecht und Staatswahlrecht müssen nach verschiedenen Gesichtspunkten gelöst werden. Wenn das gleiche Wahlrecht jetzt abgelehnt würde, so würde später ein noch radikaleres folgen. Nur das gleiche Wahlrecht kann bei einer Veränderung des jetzigen Zustandes eingeführt werden. (Beifall links, Stillsitzen rechts.)

Abg. Dr. Bachmiche (f. W.): Den Antrag Bohmann lehnen wir ab. Es ist die Schuldigkeit der Minister, hier, wo es sich um eine Lebensfrage Preußens handelt, die Zusage der Krone durchzuführen. Das gleiche Wahlrecht ist nicht aufzuhalten. Abg. Habicht (freik.): Die große Mehrheit meiner Partei wird gegen das gleiche Wahlrecht stimmen, das nach unserer Auffassung den Bestand des preussischen Staates zu gefährden geeignet ist. Das gleiche Wahlrecht in Preußen würde zum Parlamentarismus und zum Scheitern führen. Auch mit Rücksicht auf den Schutz des Vertrauens haben wir schwere Bedenken, die aus dem Verhalten der Polen in der Kommission hervorgehen. Für eine Verständigung mit der Regierung ist wenig Aussicht vorhanden. Wenn es zur Aufhebung kommen sollte, so werden wir uns damit abfinden. (Beifall rechts.)

Abg. Gitzsch (Soz.): Das Pluralwahlrecht lehnen wir unter allen Umständen ab, weil die Mehrheit der Wähler dadurch entrechtet wird. Wenn Sie auch die Vorlagen ablehnen, so können Sie doch den Sieg des Sozialismus nicht aufhalten. Wir verlangen aber die Regierungsvorlage hinaus ein aktives und passives Wahlrecht für die Frauen und eine Herabsetzung des Wahlalters. Das gleiche Wahlrecht wird sich trotz aller Hindernisse durchsetzen.

Abg. Strobel (unabh. Soz.): Durch die in der Vorlage gebrachten Sicherungen gegen das gleiche Wahlrecht würde das Parlament vollends zur Ohnmacht verurteilt werden. Die Vorlage ist wertlos und eine plumpe Täuschung. Der Wahlrechtskampf der Zukunft wird über alle Widerstände gegen das wirkliche gleiche Wahlrecht hinweggehen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Vom sächsischen Landtag.

Die neuen Steuern in Sachsen.

Ein neuer Nachtragsetat für die Jahre 1918/19 ist der Ständeverammlung soden zugegangen. Im ordentlichen Etat wird ein Mehraufschlag von gemeinhin 81 218 800 Mk. gefordert. Hieron sollen 28 700 000 Mk. durch erhöhte Zuschläge auf die Grundsteuer, die Einkommensteuer und die Erbschaftsteuer aufgebracht werden. Es sollen dabei 2 500 000 Mk. durch Erhebung weiterer 2 Pfennige auf jede Grundsteuerseinheit, demnach durch Erhebung der Grundsteuer von 140 Pfennig auf 142 Pf.

jede Einheits, 8000 000 Mk. durch Erhebung von 200 Pfennig 100 Prozent Zuschlag zur Erbschaftsteuer und 20 200 000 Mk. durch Erhebung erhöhter Zuschläge zur Einkommensteuer. Die neuen Zuschläge zur Einkommensteuer sollen die Einkommen natürlicher Personen erst von 1800 Mk. ab treffen. Die Wehrmaßnahme soll dadurch erzielt werden, daß die Zuschläge wie bisher von Gruppe zu Gruppe um je 5 Prozent steigen, aber über 100 000 Mk. Einkommen hinaus weitergeschafft werden bis zu 200 000 Mk., wo sie den Höchstfuß von 100 Prozent erreichen. Der bisherige Höchstfuß von 60 Prozent wird schon bei 70 000 Mk. Einkommen entrichtet. Die Einkommensgesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergwerksgesellschaften und Gesellschaften m. b. H. sollen nach dem bisherigen Finanzgesetzentwurf das Doppelte der für natürliche Personen festgesetzten Zuschläge entrichten. Die Zuschläge beginnen bei einem Gesellschaftseinkommen von mehr als 2200 Mk. Im übrigen werden die bisherigen Befreiungen aufrechterhalten. Der erhöhte Bedarf ist besonders durch die neuen Steuererhöhungen verursacht worden. Weiter fordert der Nachtragsetat 10 Millionen Mark als Betriebskapital und 80 000 Mk. Kaufgeld zur Ausstattung der Artillerieabteilung in Leipzig, 8 000 000 Mk. Kapitalbeteiligung an der Pöschelbankgesellschaft m. b. H. in Berlin, 1 000 000 Mk., sowie 100 000 Mk. Jahresbeitrag für das deutsche Forschungsinstitut für Textilindustrie in Sachsen usw.

Die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer hat den Bericht über das königliche Dekret, betreffend die Waffensachspflege im königlichen Sachsen, festgestellt. Nach dem Mehrheitsgutachten sind die Waffensachpflegermännern und Städte mit revidierter Städteordnung die Träger der Waffensachspflege. Nach einem Minderheitsgutachten sollen diese Aufgaben allen Orten und Gemeindeverbänden mit mehr als 5000 Einwohnern zufallen.

Kleine politische Meldungen.

Besuch Kaiser Karls im Großen Hauptquartier. Die Berliner Vertreter der „Wiener Ztg.“ erfahren, daß Kaiser Karl in der nächsten Zeit, vielleicht in etwa 14 Tagen, in Begleitung des Ministers der k. u. k. Angelegenheiten Baron Burian in das Große Hauptquartier zum kaiserlichen Kaiser Wilhelm reisen wird. Der deutsche Reichstag beschloß gestern in erster Lesung mit der Vorlage betr. Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, durch den die Koalitionsfreiheit der Arbeiter verboten war. Sämtliche Parteien erklärten ihre Zustimmung zur Aufhebung auch ohne Kommissionsberatung. Wann trat der Reichstag in die erste Lesung des Arbeitstammengesetzes ein, das gleichfalls bei den meisten Parteien Zustimmung fand. Die Redner der Sozialisten verlangten eine gründliche Umgestaltung des Entwurfs, der einer Kommission überlassen werden wird.

Zu den Friedensverhandlungen mit Rumänien sind nunmehr auch bulgarische und türkische Delegierte nach Bukarest abgereist. Millionenunterstellungen Brattianus. Aus Paris wird gemeldet: Das rumänische Kriegsministerium untersucht gegenwärtig Unterstellungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Brattianus in Höhe von 11 Millionen bei anlässlich des Anstalts eines rumänischen Depots.

Frankreich und der Kaiserbrief. Der französische Außenminister Auslois hat die Angelegenheiten über die ehemaligen Ministerpräsidenten Ribot und Painlevé über das dem Auslois unterbreitete Memorandum, das die Verträge Österreichs behandelt, Frankreich zu Verhandlungen zu veranlassen.

Die Deutsch-Ostländer fordern Weltfriede. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zufolge nahm die in London abgehaltene Vollversammlung des deutschen Volkstages für Ostpreußen eine Entschließung an, wonach der sofortige Austritt des Ministerpräsidenten Sieber und die vollständige Wiedergabe von seinem Amt verlangt wird. Dem deutschen Abgeordneten wird die zur Erfüllung dieser Forderung die radikalste Opposition empfohlen. In einer weiteren Entschließung werden die zur Gründung einer deutschen Gemeinschaft unternommenen Schritte gebilligt, da nur hierdurch eine Befreiung der deutschen Politik zu erwarten sei.

Neue Seewarthe gegen die Deutschen in Amerika. Aus San Francisco wird gemeldet: Die Deutschen, früher Generalkonsul Bopp und von Schad wurden jeder zu der Höchststrafe von 2 Jahren Zuchthaus und 10 000 Dollars Geldstrafe verurteilt wegen Verletzung der Neutralität der Vereinigten Staaten durch Geheimhandel zwecks Anfertigung einer Waffenschmiede in Indien. Der Agent des Norddeutschen Lloyd Capelle wurde zu 2 Jahren, der Agent des Norddeutschen Lloyd Capelle zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Generalstaatsanwalt von New York übergab dem Komitee der neuen Freiheitsanleihe eine Liste von 30 000 Zeichnern von Anleihen der Mittelmächte. Die Zeichner sollen geächtet werden, mindestens aber sofortige Freiheitsanleihe zu zahlen, als sie freiwillig deutsche oder österreichische Anleihen geschlossen haben.

Ein englische Finanzabkommen mit der Schweiz. Zwischen den Delegierten der englischen Regierung und solchen des Bundesrates wurde ein Abkommen vereinbart, welches bezüglich von beiden Regierungen ratifiziert werden soll. Danach gebührt eine schweizerische Finanzorganisation einer englischen Finanzgruppe einen monatlichen Kredit von höchstens 10 Millionen Francs, dessen Höhe in direkter Beziehung steht zu den in europäischen Häfen für die Schweiz ankommenen Warenmengen. Die Vorschriften werden gebildet durch einseitige Wertpapiere neutraler Staaten.

Absetzung italienischer Generäle. In einer Interpellation über die Ausschließung bewährter Offiziere vom aktiven Dienst im italienischen Heere erklärte ein Senator, während des Krieges seien 217 Generäle abgesetzt worden.

Verklärung der japanischen Truppen in Mandchurien. Nach einer Meldung aus Peking sind die japanischen Truppen in Mandchurien durch neue Mannschaften verstärkt worden, angeblich weil die feindselige Haltung der Bevölkerung zunahm.

Verpflichtung der Vernichtung des deutschen Einflusses auf Rußland. Nach einer Meldung aus Havanna hat dort der Ausschuß für öffentliche Sicherheit einen Beschluß gefaßt, um den deutschen Einfluß auf Rußland zu vernichten. Diktatorische Gewalt für Wilson. Die „Times“ melden aus Washington, es sei möglich, daß der Kongress ein Gesetz annehme, das Wilson Diktatormacht verleihe bezüglich der Fortführung des Krieges. Der Vorschlag, die Macht für den Präsidenten auszuüben, wurde abgelehnt. Der Chef der roten Garben gefangen. Die „Wimbledon“ aus Wdo (Winnland) erzählt, ist der Chef der roten Garben, Kullerow Mannes, bei der Einnahme von Wiborg in Gefangenschaft geraten. Vor dem Pariser Kriegsgericht begann der Prozeß der Vertreibung „Bonnet Rouge“. Eine Anzahl von Personen sind des Einvernehmens und des Handelns mit dem Feinde beschuldigt. Etwas zehn Zeugen werden vernommen werden. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern.

Von Stadt und Land.

Ständeverammlung. Der König hat den Regierungsrat zu dem Zweck bei der Staatsbahnverwaltung abzuordnen in Aus zum Bauamtman bei dieser Verwaltung ernannt.

Arlegen hier, die... Die B... zenen un... zedens... nete W... Gese... abert... Fabrik... ben soll... einen S... ude der... mte und... mberte... Kofch... Schli... egen: 6... 641 111... 357 228... 733 425... 042 557... 835 700... 313 848... 0049 10... minne 2... 90 1014... 110 406... 217 846... 4320 10... 85 1602... 565 614... 503 108... 883. 10... ferrer Ge... Um be... erte-Ein... 381 ein... Förder... am... enferenz... tschäfte... nende Kor... bert info... ung der... in Dorst... ur jeglich... an badire... erwerfliche... lten die... aufbeam... mferenz... köst, mit... r Durchf... Rosma... rungen... r v. H... ferrer Ein... h ein F... den mit... gelesene... rotation... monener... um, daß... u bis 3... rde. Da... ung der... igen E... um Zufu... zum S... Die W... hriebent... terlan... u berp... überstand... händlich... anderprob... ar sein... den hat... r Admont... rigen, r... Verbat... hrieben:... hürte ist... ab riken... des vom... langlichen... u verbi... uschalt... n scheint... fon der... n eigenen... p Unz... eigene S... meine In... rde und... upe Re... lter betr... Einsh... lfter hat, adverstän... twendig se... Postlag... m Somm... hwerigkeit... tte die Fei... r Gemein... ltern post... ungen) ab... eche Unw... erungen